

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 915 20-12



Inhalt

Karin Junker MdEP
zum Antikriegstag
1992: Frauen-Initiative
gegen Gewalt.

Seite 1

Hans Wallow MdB zur
Aufgabe der Deut-
schen, der Dritten Welt
mit Grün-Helmen zu
helfen: Als helfendes
Volk wirken.

Seite 2

Werner Hollwich MdL
zur Notwendigkeit, die
Beschäftigung illegaler
Bauarbeiter zu unter-
binden: Geschäfte mit
billiger Arbeitskraft.

Seite 3

47. Jahrgang / 166

31. August 1992

Frauen-Initiative gegen Gewalt Zum Antikriegstag 1992

Von Karin Junker MdEP
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer
Frauen (ASF)

Der Ost-West-Konflikt ist zwar zu Ende, doch die darin aufgehäuften
Waffenarsenale töten weiter, im ehemaligen Jugostawien ebenso wie in
Teilen der ehemaligen Sowjetunion, in Afghanistan wie im Irak, in der
Türkei wie in Mozambique.

Die Flüchtlingsströme, die nun auch vor unserer Tür stehen, sind die
(Spät-)Folgen machtbesessener Männerbünde aus Militär und Waffen-
handel. Wer angesichts dieser Tatsache die Asyldebatte schürt und
zuläßt, daß leidgeplagte Menschen, die bei uns Schutz suchen, zum
Sündenbock für eigene politische Versäumnisse gemacht werden, der
macht sich rücksichtsloser Ignoranz und schlimmer Menschenverach-
tung schuldig.

Vor allem Frauen und Kinder sind die Opfer von Krieg und Vertreibung.
Und gerade die Frauen, die in Kriegszeiten ganz besonders schwer an
der Verantwortung für die alltägliche Lebensbewältigung tragen, erlei-
den obendrein auch noch einen Krieg im Krieg. Die Meldungen über
sexuelle Mißhandlungen und Vergewaltigungen von Frauen in den
Kriegsgebieten des ehemaligen Jugostawien sind ebenso erschüt-
ternde Beispiele für zusätzliches Frauen-Kriegsleid, wie die Berichte
über massenhafte Vergewaltigungen an kuwaitischen Frauen während
des Golf-Krieges.

Solche geschlechtsspezifischen Kriegsverbrechen sind häufig dop-
pelte Schändung der Frauen, da sie nicht selten - wie in Kuwait - vor
der eigenen Gesellschaft verstoßen und geächtet werden. Deshalb
müssen Frauen mit an den Tischen sitzen, an denen über Kriege ge-
richtet und über Frieden verhandelt wird.

Ein erster Schritt in diese Richtung könnte ein europäisches Frauen-
Friedenstreifen mit Frauen aus den konfliktbetroffenen Balkanländern
sein.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Umwelt
mit weniger Kohlenstoff
Recycling-Papier



Zusammen mit Frauenorganisationen aus 78 Ländern der Welt richtet die ASF eine Petition an die 1993 stattfindende UNO-Weltkonferenz für Menschenrechte, in der die umgehende Anerkennung von Frauenrechten als Menschenrechte durch die Weltorganisation verlangt wird. Zur Zeit beginnt hierfür eine bundesweit organisierte Unterschriftenaktion.

In Konsequenz dieser Forderung verlangt die ASF auch die Anerkennung von frauenspezifischen Asylgründen in der neuen gesamtdeutschen Verfassung.

(-/31. August 1992/rs/ks)

Als helfendes Volk wirken

Zur Aufgaben der Deutschen, der Dritten Welt mit Grün-Helmen zu helfen

Von Hans Wallow MdB

Für die Somalis geht die Welt unter. - Die Folgen der Dürrekatastrophe bereits seit 1990, der Zerstörung durch den Bürgerkrieg sowie marodierender Banden lassen täglich zwischen 500 und 1.000 Menschen sterben. Seit Monaten sind cirka zwei Millionen Menschen und Tod bedroht, ohne daß die Welt ernsthafte Anstrengungen zur Rettung unternommen hat. Und täglich sterben mehr.

Europa ist fixiert auf das Sterben und Leiden in Europa und auch auf die wieder eskalierenden Spannungen der Alliierten mit dem Irak, so daß die schrecklichen Bilder über die Fernsehschirme aus dem dem Untergang geweihten Land nur langsam internationale Hilfe auslösen.

Die Anstrengungen kommen nur langsam in Gang. Die nationalen und internationalen Hilfsdienste reichen bei weitem nicht aus, um punktuelle Nothilfe zu leisten. Es ist immer nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Frühwarnsysteme, Katastrophen vor- und Nachsorge sind völlig unzulänglich. Außerdem war allen größeren humanitären Hilfsaktionen bisher gemeinsam, daß sie zu langsam, unzureichend und unkoordiniert geleistet wurden. So bezeichnete ein Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Moskau die Nothilfe für die Länder der ehemaligen UdSSR als "internationales Chaotentreffen". Nach der Sturmflutkatastrophe in Bangladesch waren die Behörden und Hilfsorganisationen unfähig, die Hilfe den Notleidenden zukommen zu lassen. Folgen: Plündernde, Hungernde und Schwarzhändler, die medizinische Hilfsgüter zu Wucherpreisen verkauften. Die UNO hat daraus bereits kürzlich die ersten Konsequenzen gezogen und einen Sonderbeauftragten für Katastrophenhilfe berufen. Auch die Aufstellung eines Welthilfskorps wird erwogen.

Aufgrund der dramatischen Situation in Somalia und den sich abzeichnenden Notstandsgebieten im südlichen Afrika hält es die SPD für dringend erforderlich, daß die Bundesregierung sofort damit beginnt, ein einsatzfähiges, fertig ausgebildetes Umwelt- und Katastrophenhilfskorps zu organisieren. Dabei sollte es sich im ersten Aufbauschritt um einen Katastrophenbeauftragten und eine Kernmannschaft von Spezialisten handeln, die mit einem Minimum an Personal, Infrastruktur und eigenem Etat die Leitung und Kooperation der vorhandenen nationalen Ressourcen, wie zum Beispiel der Bundeswehr und der privaten Hilfsorganisationen ver-

antworten. Diese Kernmannschaft übernimmt auch die Koordination mit den internationalen Hilfsaktivitäten. Um möglichst schnell und unabhängig arbeiten zu können, sieht das Konzept für das Hilfskorps die Rechtsform einer bundesunmittelbaren Anstalt des öffentlichen Rechts vor, die nach einer Einsatzentscheidung des Kabinetts oder eines zuständigen Bundesministers sofort einsatzfähig sein kann. Die Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen, die bisher Katastrophen- und humanitäre Hilfe geleistet haben, wird vertraglich auf partnerschaftlicher Basis geregelt.

Über das Stammpersonal hinaus steht das Hilfskorps circa 2.000 bis 5.000 Frauen und Männern offen. Entsprechend den Bedürfnissen eines Einsatzfalles werden dann eine verfügbare freiwillige Reserve aus den benötigten Berufen, Mitarbeiter von privaten Hilfsorganisationen und Spezialisten aus Umweltverbänden oder freiwillige Soldaten binnen weniger Stunden zum Einsatz gebracht. Im Hilfskorps können dann - wie in Österreich bereits praktiziert - Ersatzdienstleistende, die beim THW Dienst tun, Kriegsdienstverweigerer und Soldaten gemeinsam humanitäre Nothilfe im Ausland leisten.

Die reale Bedrohung fast aller modernen Industriegesellschaften durch militärische Gewaltanwendung hat seit Beginn der Entspannungspolitik kontinuierlich abgenommen. Nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes - verbunden mit der demokratischen Entwicklung in Osteuropa - rangiert sie für die Industriestaaten bei Null. Durch die veränderte Realität hat sich schon das Bedrohungsempfinden der Bevölkerung verändert. Die neuen "Feindbilder" sind zum Beispiel Hungersnöte in der ehemaligen UdSSR, Umweltschäden und Katastrophen wie das Erdbeben in Armenien, die Überschwemmungen in Bangladesch, Tankerunfälle, Epidemien, anhaltende Dürren und immer wieder Flüchtlingsströme und Armutswanderungen. Das Jahr 1991 blickt auf 300 Katastrophen mit 74.000 Toten zurück.

Ob es sich um die Vertreibung von Menschen - wie im Irak und Sudan - als Mittel der Politik oder den letzten todbringenden Taifun auf den Philippinen - verursacht durch großflächige Abholzung des tropischen Regenwaldes - handelt: Viele Katastrophen entstehen heute durch Menschenhand. Die sogenannten Naturkatastrophen - hauptsächlich in der Dritten Welt - sind überwiegend die Ergebnisse des zerstörerischen Zusammenwirkens von ökonomischen und ökologischen Fehlentwicklungen.

Es gibt keine nachvollziehbaren Gründe, warum mit der Organisation eines solchen Umwelt- und Katastrophenhilfskorps nicht sofort begonnen werden kann. Mit der Einrichtung eines derartigen Hilfskorps kann die neue Bundesrepublik Deutschland eine Antwort auf die Forderungen nach einer angemessenen Weltrolle geben und dabei mehr lebenserhaltende, gestaltende zivile Verantwortung übernehmen. Sie kann damit auch ein erstes eigenes, weithin sichtbares Zeichen setzen, daß sie ihr gewachsenes politisches Gewicht nicht in nationalen Stärkecult umzusetzen gedenkt. Dadurch, daß unsere historischen Erfahrungen und nicht Fremdbestimmung zur Grundlage des politischen Handelns gemacht wurden, trägt ein erfolgreiches Hilfskorps zur Identitätsbildung des neuen Deutschland, zur "inneren Konversion" und zur Rollenfindung der Bundeswehr bei. Die Reaktionen in der Bevölkerung auf den Golfkrieg haben deutlich gemacht, daß sich die ökonomisch und organisatorisch starken Deutschen in der Welt nur als ein helfendes Volk sehen wollen.

(-/31. August 1992/rs/ks)

**Geschäfte mit billiger Arbeitskraft
Zur Notwendigkeit, die Beschäftigung illegaler Bauarbeiter zu unterbinden**

Von Werner Hollwich MdL

"Goldene Nasen" verdienen sich Unternehmer der Bauindustrie mit den Werkverträgen, die sie mit ausländischen Subunternehmern abschließen. Sie dienen oft genug der Tarnung und sind in Wirklichkeit nichts anderes als illegale Arbeitnehmerüberlassung. Bekanntlich hat die Bundesregierung mit Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien Kontingente von Arbeitnehmern vereinbart, die über Subunternehmer aus diesen Ländern auf deutschen Baustellen mit Werkverträgen eingesetzt werden dürfen.

Ich teile die Sorgen der Bauarbeiter, die wegen der Billigkonkurrenz Kuzarbeit befürchten, und der seriösen Bauunternehmer, besonders im Bereich des Handwerks, die mit den Großunternehmern nicht Schritt halten können. Der Bundesregierung werfe ich vor, daß sie die Verträge ohne Rücksicht auf die sozialen Verwerfungen abgeschlossen hat. Nicht nur das deutsche Bauhandwerk und die Bauarbeiter würden geschädigt, sondern auch die Sozialversicherung, der Fiskus und die Sozialkassen des Baugewerbes. Die Subunternehmer böten die Arbeitskraft ab 25 Mark die Stunde an, während der normal kalkulierende Unternehmer mindestens 50 Mark ansetzen müsse. Es blüht auch das Geschäft dieser Subunternehmer, weil die tschechischen oder polnischen Arbeitnehmer mit acht bis zwölf Mark die Stunde nach Hause geschickt werden.

Die SPD will diesen Auswüchsen einen Riegel vorschieben. Es ist dringend erforderlich, daß die Staatsregierung in Bonn auf eine Kündigung der Vereinbarungen hinwirkt und den Abschluß weiterer neuer Verträge verhindert. In einem Parlamentsantrag fordert die Bayerische SPD-Landtagsfraktion ferner, daß geprüft wird, ob nachgewiesener Facharbeitermangel nicht durch kurzzeitgebundene Arbeitserlaubnisse für ausländische Arbeitnehmer gedeckt werden kann. Sie sollten dann aber direkt bei deutschen Firmen tätig werden.

Insgesamt können derzeit rund 100.000 Beschäftigte aus Polen, Ungarn, der CSFR, Rußland, Bulgarien, Rumänien sowie Litauen und Estland legal in der Bundesrepublik arbeiten, wobei sich etwa die Hälfte auf den Bau konzentriert. Nach jüngsten Angaben der IG Bau gibt es dazu noch schätzungsweise 50.000 illegal Beschäftigte, so daß bereits an die zehn Prozent aller im Bauhauptgewerbe Beschäftigten zu Dumpingpreisen tätig sind.

Bei einem Fachgespräch der bayerischen SPD mit Vertretern der Industriepolitik Bau-Steine-Erden in Schweinfurt verwies deren stellvertretender Landesvorsitzender Heinz Jörg auch auf Bestrebungen, die Tarifautonomie zu beseitigen. Es gebe im Bautarif drei Facharbeitergruppen, einmal den einfachen Facharbeiterlohn mit 19,78 DM in der Stunde, den gehobenen Facharbeiterlohn (mit abgeschlossener Lehre) mit 20,35 DM und den Spezialfacharbeiter mit 22,14 DM. Nach Meinung der SPD-Sozialpolitiker könnten die Fachkräfte aus dem Osten, die noch nicht die Qualifikation der meisten einheimischen Fachleute haben, zunächst in den unteren Gruppen eingestuft werden, ohne daß deshalb der Tarifvertrag mißachtet würde. Eine Bezahlung unterhalb des Tarifs sei kein gangbarer Weg.

Billige Ostarbeiter sind eine Gefahr für den sozialen Frieden. Dies haben die Auswüchse in den vergangenen Monaten deutlich gezeigt. Es ist höchste Zeit, daß in Bonn und München Konsequenzen aus den Mißständen gezogen werden.

(-/31. August 1992/rs/ks)
